



**Verordnung über die Weiterführung der verstärkten
 Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten**

Aufgrund des Antrages des EDA und des EVD vom 1. Mai 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Die Verordnung über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten wird mit folgender Aenderung gutgeheissen und tritt am 6. Mai 1992 (Tag der Verabschiedung) in Kraft:

Artikel 4, Absatz 1:

"Die Vorbereitung erfolgen im Einvernehmen, unter Wahrung der Zuständigkeiten

Für getreuen Protokoll-
 auszug:

Musserer Müller

Veröffentlichung:
 Amtliche Sammlung

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	10	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	3	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

2301.2

Bern, den 1. Mai 1992

An den Bundesrat

Verordnung über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

1. Allgemeines

Mit Genehmigung des Bundesbeschlusses vom 28. Januar 1992 über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten ermächtigt die Bundesversammlung den Bundesrat weitere Hilfsmassnahmen zugunsten dieser Länder zu ergreifen (vgl. die entsprechende Botschaft vom 23. September 1991).

Die vorliegende Verordnung ersetzt die Verordnung über die Massnahmen zur verstärkten Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten vom 23. Mai 1990.

2. Zuständigkeiten

Eine Anpassung der Verordnung ist notwendig, weil bei der Abwicklung des ersten Rahmenkredits offenkundig wurde, dass die bisherige Zuständigkeitsordnung im Bereich der technischen Zusammenarbeit für eine effiziente Planung, Beschlussfassung, Durchführung und Kontrolle der Massnahmen in mancher Hinsicht ungenügend war. Diese Unzulänglichkeiten betreffen die im EDA praktizierte, dezentrale Durchführung der Massnahmen. Die auf verschiedene Direktionen verteilten Zuständigkeiten sind der Realisierung eines länger dauernden, kohärenten Programms nicht förderlich. Deshalb wurden die im EDA mit der Osteuropahilfe befassten Kräfte in einem einzigen Dienst in der Politischen Direktion konzentriert. Der Zuständigkeitsbereich des BAWI wird durch diese Reorganisation nicht tangiert.

3. Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen

Die Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit den Bundesstellen, die keine direkte Verantwortung für die Durchführung der technischen und finanziellen Massnahmen tragen, war bereits Gegenstand unseres Antrags an den Bundesrat vom 21.8.1991 (Botschaft zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten) und des anschliessenden Mitberichtsverfahrens sowie der Beratungen im Bundesrat vom 23.9.1991. Das hier vorgeschlagene Verfahren basiert auf dieser Grundlage.

So ist vorgesehen, zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den an Hilfsmassnahmen zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Staaten interessierten anderen Departementen, die keine direkte Verantwortung für die getroffenen Massnahmen tragen, ein interdepartementales Programmkomitee zu schaffen. Dieses Komitee wird sich mit der schwerpunktmässigen Aufteilung der Mittel auf die in Frage kommenden Länder Ost- und Mitteleuropas sowie auf die in der Botschaft erwähnten fünf Aktionsbereiche befassen.

Die Behandlung spezifischer sektorieller Fragen sowie die Planung und Vorbereitung der konkreten Massnahmen zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Staaten erfolgen in enger Absprache mit den zuständigen Fachämtern der Bundesverwaltung in verschiedenen Fachgruppen. Dies bedeutet, dass bei der Auswahl und der Vorbereitung der einzelnen Projekte die interessierten Fachämter der Bundesverwaltung beigezogen werden, ohne dass damit die Entscheidungskompetenz der Politischen Direktion des EDA und des Bundesamtes für Aussenwirtschaft in Frage gestellt wird. Gemäss Beschluss des Bundesrates vom 23.9.1991 liegt die Entscheidungsverantwortung bezüglich einzelner Massnahmen bei der Politischen Direktion und beim Bundesamt für Aussenwirtschaft.

Damit das interdepartementale Komitee in vernünftiger Weise arbeiten kann, muss es ausgewogen zusammengesetzt und überschaubar sein. Die Generalsekretäre der nichtfederführenden Departemente oder die Direktoren der an einer Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten interessierten Bundesämter wären durch ihre besondere Nähe zum Departementschef am ehesten in der Lage, bei der schwerpunktmässigen Verteilung der Mittel dessen Ansichten in den Meinungsbildungsprozess einfließen zu lassen.

Die den verschiedenen Aktionsbereichen zugeordneten Fachgruppen und deren eventuelle Untergruppen beschäftigen sich mit der Konkretisierung der vom interdepartementalen Programmkomitee gesetzten Schwerpunkte. Mit diesen Fachgruppen soll das Sachwissen der Fachämter besser als bisher in die Entscheidungsfindung bzw. Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Programme und Projekte Eingang finden.

4. Ergebnis des kleinen Mitberichtsverfahrens

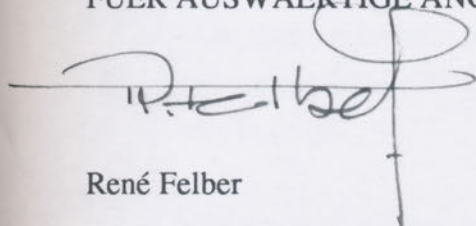
Die im Vorverfahren konsultierten Departemente erklären sich - mit Ausnahme des EDI - mit unserem Antrag einverstanden.

Das EDI hat mit Bezug auf die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen redaktionelle Aenderungswünsche vorgeschlagen, die wir nicht alle berücksichtigen konnten. Insbesondere fordert das EDI eine enge Absprache, die einem eigentlichen Mitentscheidungsrecht entspricht. Eine solche Regelung würde die klare Zuordnung der Zuständigkeiten und der Verantwortung, wie sie die Botschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vorsieht, verwischen.

5. Antrag

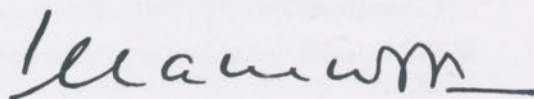
Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Jean-Pascal Delamuraz

Beilagen :

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Entwurf der Verordnung

Zum Mitbericht an :

- Bundeskanzlei
- EDI
- EJPD
- EFD
- EVD
- EVED

Protokollauszug an :

- Bundeskanzlei 5 Ex
 - EDA 10 Ex
 - EDI 3 Ex
 - EJPD 3 Ex
 - EFD 2 Ex
 - EVD 10 Ex
 - EVED 3 Ex
- Verordnung über die Weiterführung der verstärkten
Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten
-

Aufgrund des Antrages des EDA und des EVD vom 1. Mai 1992
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Verordnung über die Weiterführung der verstärkten
Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten wird
genehmigt.
2. Die Verordnung tritt am Datum der Beschlussfassung durch
den Bundesrat in Kraft.

Für getreuen Protokollauszug:

Verordnung

über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

Verordnung über die Weiterführung der verstärkten
Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 102 Ziffer 3 der Bundesverfassung

Aufgrund des Antrages des EDA und des EVD vom 1. Mai 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

verordnet:

beschlossen:

Art. 1 Gegenstand

1. Die Verordnung über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten wird genehmigt.
2. Die Verordnung tritt am Datum der Beschlussfassung durch den Bundesrat in Kraft.

Die Bestimmungen insbesondere die Entscheidungs- und Finanzkompetenzen, soweit diese nicht in anderen Erlässen geregelt sind.

Für getreuen Protokollauszug:

Art. 2 Konzeption der Massnahmen

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) erarbeiten gemeinsam die Leitlinien für die schweizerische Hilfe zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Staaten. Die Gesamtkoordination der Hilfsmassnahmen obliegt dem EDA.

Verordnung

über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten

vom

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 102 Ziffer 5 der Bundesverfassung

und Artikel 61 Absatz 2 des Verwaltungsorganisationsgesetzes ¹⁾,

verordnet:

Art. 1 Gegenstand

¹ Diese Verordnung regelt die Durchführung der Massnahmen, die aufgrund der Rahmenkredite zur verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vorgesehen sind, namentlich in den Bereichen Politik und Staatsaufbau, Wirtschaft, Sozialwesen und Gesundheit, Umwelt und Energie, Kultur, Wissenschaft und Forschung.

² Sie bestimmt insbesondere die Entscheidungs- und Finanzkompetenzen, soweit diese nicht in anderen Erlassen geregelt sind.

Art. 2 Konzeption der Massnahmen

¹ Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) erarbeiten gemeinsam die Leitlinien für die schweizerische Hilfe zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Staaten. Die Gesamtkoordination der Hilfsmassnahmen obliegt dem EDA.

¹⁾ SR 172.010

² Das EDA und das EVD bereiten gemeinsam die schweizerische Haltung vor, wenn auf internationaler Ebene Hilfsmassnahmen zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Staaten behandelt werden, für welche Mittel aus dem Rahmenkredit verwendet werden sollen.

Art. 3 Zuständigkeiten

Zuständig für die Vorbereitung, Antragstellung, Durchführung, Kontrolle und Evaluation der Massnahmen zugunsten der ost- und mitteleuropäischen Staaten sind:

- a. die Politische Direktion des EDA für Massnahmen im Bereich der technischen Zusammenarbeit;
- b. das Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD für Massnahmen in den Bereichen der Finanzhilfe, Investitionsförderung und Handelspolitik.

Art. 4 Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen

¹ Die Vorbereitung und die Beschlussfassung über die Durchführung von einzelnen Massnahmen zugunsten Ost- und Mitteleuropas erfolgen in enger Absprache, unter Wahrung der Zuständigkeiten gemäss Artikel 3, mit den sachlich zuständigen Bundesämtern.

² Zu diesem Zweck werden ein interdepartementales Programmkomitee und sektorielle Fachgruppen geschaffen.

Art. 5 Interdepartementales Programmkomitees

¹ Das interdepartementale Programmkomitee befasst sich mit der schwerpunktmässigen Verwendung des Rahmenkredits bezüglich Länder, Verwendungsbereiche und Verwendungsart.

² Es setzt sektorielle Fachgruppen ein.

³ Dem interdepartementalen Programmkomitee gehören an:

- a. der Chef der Politischen Abteilung I als Präsident;

- b. der zuständige Delegierte für Handelsverträge aus dem Bundesamt für Aussenwirtschaft;
- c. die Leiter der Gesamtprogramme EDA und EVD;
- d. die Vertreter der übrigen Departemente, in der Regel der Generalsekretär oder die Direktoren der sachlich zuständigen Bundesämter.

Art. 6 Sektorielle Fachgruppen

¹ Die sektoriellen Fachgruppen konkretisieren die vom interdepartementalen Programmkomitee festgelegten Schwerpunkte.

² Sie beraten die Sektorleiter des EDA bzw. des EVD bei der Vorbereitung der Entscheide und unterstützen sie bei der Ausführung der Projekte.

³ Den sektoriellen Fachgruppen gehören an:

- a. der Sektorleiter als Präsident;
- b. Vertreter der interessierten Fachämter;
- c. bei Bedarf auch Dritte.

Art. 7 Finanzkompetenzen

¹ Der Bundesrat beschliesst Massnahmen, die 5 Millionen Franken und mehr kosten.

² Ueber Massnahmen, die weniger als 5 Millionen, aber mehr als 1 Million Franken kosten, entscheidet das EDA bzw. das EVD im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement.

³ Massnahmen bis zu 1 Million Franken und mehr als 200'000 Franken werden von der Politischen Direktion bzw. vom BAWI beschlossen.

⁴ Massnahmen bis zum Höchstbetrag von 200'000 Franken werden vom Leiter des Gesamtprogrammes EDA bzw. EVD beschlossen.

Art. 8 Kostenüberschreitungen

Überschreiten die Kosten von beschlossenen Massnahmen den vorgesehenen Betrag um weniger als einen Viertel, so können die zuständigen Departemente, Bundesämter oder Leiter des Gesamtprogrammes EDA bzw. EVD die Mehrkosten im Rahmen ihrer Finanzkompetenzen übernehmen.

Art. 9 Aenderungen

Die Politische Direktion, das Bundesamt für Aussenwirtschaft sowie Bundesstellen, die Massnahmen selber realisieren, können nötigenfalls beschliessen, eine Massnahme zu ändern, wenn dadurch keine Mehrkosten entstehen.

Art. 10 Form der Beschlüsse

Massnahmen, Mehrkosten und Aenderungen werden schriftlich begründet und beschlossen.

Art. 11 Ermächtigung

Die zuständigen Departementsvorsteher oder Direktoren werden im Rahmen ihrer Finanzkompetenzen ermächtigt, die entsprechenden Ausgaben im Namen des Bundesrates zu bewilligen.

Art. 12 Vollzug

¹ Der Bundesrat, das EDA bzw. das EVD können andere Bundesstellen oder Partner ausserhalb der Verwaltung mit der Durchführung von Massnahmen betrauen.

² Die zuständigen Bundesstellen können mit Partnern ausserhalb der Verwaltung unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligung privat- oder öffentlichrechtliche Vereinbarungen über die Durchführung von Massnahmen treffen.

³ Das für die Durchführung der Massnahmen notwendige Personal kann zu Lasten des Rahmenkredits angestellt werden.

POUR LA SÉANCE G.F.
DU - 6. Mai 1992

Art. 13 Verpflichtungskontrolle

¹ Die Politische Direktion führt die Kontrolle der zu Lasten des Rahmenkredits eingegangenen Verpflichtungen.

² Das Bundesamt für Aussenwirtschaft meldet Verpflichtungen, die das EVD oder es selber eingegangen sind, unverzüglich der Politischen Direktion des EDA.

Art. 14 Kontrolle der Verwendung der Mittel

¹ Das EDA bzw. das EVD kontrollieren die Verwendung der Mittel, die an Partner ausserhalb der Verwaltung oder an andere Bundesstellen vergeben wurden.

² Sie erlassen für den Nachweis über die Verwendung der Mittel in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzkontrolle, wenn nötig, besondere Richtlinien.

Art. 15 Aufhebung bisheriges Rechts

Die Verordnung vom 23. Mai 1990¹⁾ über die Massnahmen zur verstärkten Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten wird aufgehoben.

Art. 16 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ... in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Felber
Der Bundeskanzler: Couchepin

¹⁾ AS 1990 862

POUR LA SÉANCE C.F.
DU -6. Mai 1992

Ordonnance

**concernant la poursuite de la coopération renforcée avec des
Etats d'Europe centrale et orientale**

du1992

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'article 102, chiffre 5, de la constitution;
vu l'article 61, 2^e alinéa, de la loi fédérale sur
l'organisation de l'administration ¹⁾,

arrête :

Article premier Buts

1 Cette ordonnance régit l'exécution des mesures prises en vertu des crédits de programmes destinés au renforcement de la coopération avec des Etats d'Europe de centrale et orientale, notamment dans les domaines suivants : politique et organisation de l'état, domaine économique, social et de la santé publique, environnement et énergie, culture, science et recherche.

2 Elle détermine notamment les compétences décisionnelles et financières en tant qu'elles ne sont pas réglées par d'autres dispositions.

Art. 2 Conception

1 Le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et le Département fédéral de l'économie publique (DFEP) élaborent en commun les lignes directrices de l'aide suisse en faveur des Etats d'Europe centrale et orientale. Le DFAE assume la coordination générale des mesures d'aide.

2 Le DFAE et le DFEP préparent en commun la position de la Suisse lors de négociations internationales relatives aux mesures d'aide en faveur de l'Europe centrale et orientale et

¹⁾ RS 172.010

pour lesquelles il est prévu d'utiliser les moyens du crédit de programme.

Art. 3 Compétences

Les services fédéraux compétents pour la préparation, l'élaboration des propositions, l'exécution, le contrôle et l'évaluation des mesures d'aide en faveur des pays d'Europe centrale et orientale sont :

- a) La Direction politique du DFAE pour les mesures dans le domaine de la coopération technique.
- b) L'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DFEP pour les mesures dans le secteur de l'aide financière, de l'encouragement aux investissements et de la politique commerciale.

Art. 4 Collaboration avec d'autres services fédéraux

1 La préparation et la prise de décision pour l'exécution des différentes mesures en faveur des pays d'Europe centrale et orientale se font en concertation avec les services spécialisés de l'Administration fédérale, sous réserve des compétences prévues à l'article 3.

2 Un comité interdépartemental des programmes et des groupes d'experts sectoriels sont créés à cet effet.

Art. 5 Comité interdépartemental des programmes

1 Le Comité interdépartemental des programmes s'occupe de déterminer les priorités de l'utilisation du crédit de programme en ce qui concerne les pays, les secteurs d'utilisation et la manière d'utilisation.

2 Il institue des groupes d'experts sectoriels.

3 Le comité interdépartemental des programmes est composé :

- a) du chef de la Division politique 1 comme président;
- b) du délégué aux accords commerciaux compétent de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures;
- c) des responsables de l'ensemble du programme au DFAE, resp. DFEP;

- d) des représentants des autres départements, en règle générale les secrétaires généraux ou les directeurs des offices fédéraux compétents en la matière.

Art. 6 Groupes d'experts sectoriels

¹ Les groupes d'experts sectoriels concrétisent les objectifs prioritaires fixés par le Comité interdépartemental des programmes.

² Ils conseillent les responsables des secteurs du DFAE, resp. du DFEP lors de la préparation des décisions et les soutiennent dans l'exécution des projets.

³ Les groupes d'experts sectoriels sont composés :

- a) du responsable du secteur comme président;
- b) des représentants des offices spécialisés intéressés;
- c) en cas de besoin, de tiers.

Art. 7 Compétences financières

¹ Le Conseil fédéral décide des mesures dont le coût dépasse 5 millions de francs.

² Le DFAE, resp. le DFEP décident d'entente avec le Département fédéral des finances des mesures dont le coût est inférieur à 5 millions mais supérieur à 1 million de francs.

³ La Direction politique, resp. l'OFAEE décident des mesures dont le coût est compris entre 1 million et 200'000.-- francs.

⁴ Le responsable de l'ensemble des programmes DFAE, resp. DFEP décide des mesures dont le coût ne dépasse pas 200'000.-- francs.

Art. 8 Dépassements de crédits

Lorsque le coût d'exécution des mesures décidées ne dépasse pas de plus d'un quart le montant prévu, les dépenses supplémentaires peuvent être décidées par les départements, les offices fédéraux compétents ou les responsables de l'ensemble du programme au DFAE, resp. DFEP, dans les limites de leurs compétences financières.

Art. 9 Modifications

Les offices fédéraux compétents peuvent au besoin modifier une mesure s'il n'en résulte pas un dépassement des coûts prévus.

Art. 10 Forme des décisions

Les mesures, les dépassements de crédits et les modifications font l'objet de décisions écrites dûment motivées.

Art. 11 Autorisation

Les chefs de départements ou les directeurs compétents sont autorisés, dans le cadre de leurs compétences financières, à octroyer, au nom du Conseil fédéral, les montants correspondants.

Art. 12 Exécution

1 Le Conseil fédéral, le DFAE, resp. le DFEP peuvent confier l'exécution des mesures d'aide à d'autres organes, relevant ou non de l'Administration fédérale.

2 Sous réserve de l'ouverture des crédits nécessaires, les offices fédéraux compétents peuvent conclure des accords de droit privé ou de droit public pour l'exécution des mesures.

3 Le personnel nécessaire à l'exécution peut être engagé à la charge du crédit de programme.

Art. 13 Contrôle des engagements

1 La Direction politique tient le contrôle des engagements effectués à la charge du crédit de programme.

2 L'Office fédéral des affaires économiques extérieures communique sans délai à la Direction politique les engagements que le DFEP ou lui-même auront pris.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR

Art. 14 Contrôle de l'emploi des moyens financiers

¹ Le DFAE, resp. le DFEP contrôlent l'utilisation des moyens financiers mis à la disposition de partenaires en dehors de l'Administration fédérale et d'autres Offices fédéraux.

² En cas de nécessité, ils arrêtent, en collaboration avec le Contrôle fédéral des finances, des prescriptions spéciales visant la justification de l'emploi des moyens financiers.

VERORDNUNG ÜBER DIE WEITERFÜHRUNG DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT MIT OST- UND MITTEL-EUROPEISCHEN STAATEN

Art. 15 Abrogation du droit en vigueur précédemment

L'ordonnance du 23 mai 1990¹⁾ concernant les mesures de renforcement de la coopération avec des Etats de l'Europe de l'Est est abrogée.

Art. 16 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur le.....

Au nom du Conseil fédéral suisse :
 Le président de la Confédération : Felber
 Chancelier de la Confédération : Couchepin

¹⁾ RS 172.010



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, 5. Mai 1992

An den Bundesrat

**VERORDNUNG ÜBER DIE WEITERFÜHRUNG DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMEN-
 ARBEIT MIT OST- UND MITTELEUROPÄISCHEN STAATEN**

Mitbericht

zum Antrag von EDA und EVD vom 1. Mai 1992

Wir beantragen, den Antrag an den Bundesrat und den Verordnungsentwurf zur Bereinigung folgender Differenzen an die Verwaltung zurückzuweisen:

1. Antrag an den Bundesrat

1.1 Definition der "engen Absprache"

Wir beantragen, dass im Abschnitt "3. Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen" im dritten Absatz der Satz, welcher die enge Absprache umschreibt ("Dies bedeutet, dassgestellt wird."), geändert wird:

"Dies bedeutet, dass

- die Politische Direktion des EDA und das Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD die Federführung innehaben,
- die Kompetenzen anderer Bundesstellen gemäss Delegationsverordnung unverändert bleiben,
- EDA bzw. EVD für eine wirkungsvolle Koordination mit den anderen betroffenen Departementen sorgt und eine angemessene Information rechtzeitig sicherstellt und dass
- EDA bzw. EVD in Fragen der fachlichen Zuständigkeit anderer Departemente und Ämter deren Zustimmung einholt."

Begründung

Die Formulierung, dass andere Bundesämter bei Auswahl und Vorbereitung der einzelnen Projekte **beigezogen** werden, genügt dem Begriff der "engen Absprache" nicht. Vielmehr ist ein Geschäft mit einer Stelle abgesprachen, wenn diese ihm zugestimmt hat. Die Entscheidungsverantwortung des EDA bzw. EVD wird dadurch nicht betroffen. Die Federführung bleibt beim EDA bzw. EVD.

2. Verordnungsentwurf

2.1 Art. 2 Konzeption der Massnahmen

Wir beantragen, dass Art. 2 ergänzt wird durch

"³EDA und EVD sorgen für eine wirkungsvolle Koordination mit anderen betroffenen Departementen und stellen eine angemessene Information rechtzeitig sicher."

Begründung

Die Konzeption der Massnahmen kann nicht nur die Aufgabe des EDA und des EVD sein, wie dies in Art. 2, Ziff. 1 und 2 festgehalten wird. Die sachpolitischen Kompetenzen anderer Bundesstellen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Explizit aufzuführen sind aber auch die Koordinations- und Informationspflichten des EDA und EVD, die sich aus deren Federführungsrolle ergeben.

2.2 Art. 3 Zuständigkeiten

Wir beantragen, in Art. 3, erster Satz, den Begriff "Antragstellung" durch "Kreditanträge gemäss Art. 7" zu ersetzen.

Begründung

Es liegt gerade im Sinne der engen Zusammenarbeit, dass alle interessierten Stellen Vorschläge und Anträge einreichen können, z.B. im interdepartementalen Programmkomitee und den Fachgruppen. Ein allgemeines Antragsmonopol von EDA und EVD ist abzulehnen.

2.3 Art. 5 Interdepartementales Programmkomitee

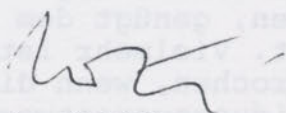
Wir beantragen, Buchst. d. wie folgt zu ändern:

d. die Vertreter der übrigen Departemente, in der Regel die Direktoren der sachlich zuständigen Bundesämter oder ein Vertreter des Generalsekretärs.

Begründung

Eine zusätzliche Belastung der Generalsekretäre ist auf jeden Fall zu vermeiden. Er muss sich vertreten lassen können, primär durch die Direktoren der Fachämter.

Eidg. Departement des Innern


Flavio Cotti